

Sozialdezernent spricht sich für Bildungs-Chipkarte aus und kritisiert Kultusministerin

26.08.2010

Der Sozialdezernent des Kreises Offenbach, Carsten Müller, befürwortet unter bestimmten Bedingungen den Vorschlag von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) nach einer Bildungs-Chipkarte für Kinder aus Hartz-IV-Familien. „Ich stehe der Chipkarte - wie sie derzeit im Gespräch ist - durchaus positiv gegenüber. Die Chipkarte ermöglicht es, ergänzende Leistungen zur sozialen und kulturellen Teilhabe zu gewähren. Die Karte kann genutzt werden, um Mitgliedsbeiträge zu Musik- oder Sportvereinen oder Eintritte im Kultur- und Freizeitbereich zu zahlen“, betont Müller. Innerhalb dieser breiten Angebote sollten die Familien frei wählen können. Auch die von der Caritas ins Spiel gebrachten 300 Euro pro Jahr hält Müller für angemessen. Wichtig sei, dass alle Kinder eine Chipkarte bekommen, damit diese nicht zum Stigma werde. Ob und mit wie viel Geld nicht bedürftige Familien die Karte aufladen, sei dann deren Sache.

Die Chipkarte ist für Müller aber „kein Wundermittel“. Den Weg in einen Sport- oder Musikverein werde ein Teil der armen Kinder wahrscheinlich dennoch nicht finden, wenn Eltern oder Lehrkräfte sie dazu nicht ermutigen, so der SPD-Politiker. „Aber zumindest scheitert es dann nicht am Geld. Da der Staat, nur die Gelder bezahlt, die auch abgerufen werden, entsteht so kein finanzieller Verlust“, macht Müller deutlich.

Kritik, die Eltern würden unter Generalverdacht gestellt und bevormundet, lässt Müller nicht gelten. Kritiker, die eine Chipkarte für staatliche Bevormundung halten, könne er nur seine Erfahrungen als Sozialdezernent entgegenhalten. „Einem Teil armer Familien gelingt die Teilhabe an Bildung eben nicht - weil sie nie die Chance dazu hatten oder diese für ihre Kinder nicht wahrnehmen“, stellt Müller klar. „Und vor diesem Hintergrund ist das Recht der Kinder auf Teilhabe am Vereinsleben oder der Zugang zu kulturellen Events schlichtweg höher einzustufen als der Anspruch der Eltern frei über Geld zu verfügen, dass eigentlich ihren Kindern zu Gute kommen soll.“

Gleichzeitig nahm der Sozialdezernent zu der aktuellen Diskussion um Fahrtkostenzuschüsse für Oberstufenschüler aus Hartz-IV-Familien Stellung. „Wir brauchen über Chipkarten und Teilhabe an Kultur und Bildung gar nicht erst reden, wenn wir es nicht schaffen, ärmeren Oberstufenschülern die Fahrtkosten zur Schule zu ersetzen“, so der Kreisbeigeordnete. „Diese beiden parallel geführten Diskussionen ergeben zusammen betrachtet ein geradezu absurdes Bild. Einerseits sollen Kinder aus Hartz-IV-Familien den Flötenunterricht bezahlt bekommen, andererseits müssen dieselben Kinder vielleicht das Gymnasium verlassen, weil der Staat die Kosten für die Monatskarte der S-Bahn nicht übernehmen will.“ Das habe mit gesundem Menschenverstand nichts mehr zu tun. Müller: „Für mich ist klar: Der Staat hat kommenden Abiturienten aus Hartz-IV-Familien die Fahrtkosten zu zahlen. Basta!“

Gleichzeitig kritisierte Müller FDP-Kultusministerin Dorothea Henzler. „Unverblümt zu erklären, intelligente, fleißige und strebsame Kinder aus Hartz-IV-Familien sollten lieber nach der zehnten Klasse Arbeiten gehen und eine Lehre machen, wie dies die hessische Kultusministerin jetzt getan hat, halte ich schlicht für skandalös“, so Müller. Frau Henzler sollte einmal überlegen, was für ein Amt sie ausübe und ihr Menschenbild überdenken. In jeder Sonntagsrede erklärten Politiker aller Couleur, Bildung sei der Schlüssel, generationenübergreifende Sozialkarrieren zu vermeiden und dann gibt eine Ministerin, die für Bildung und Schule zuständig ist, ein solches Statement ab. „Traurig!“, erklärte Müller. „Für mich gibt es nur eine Lösung“, so der Sozialdezernent abschließend. „Der Gesetzgeber muss hier Klarheit schaffen, das hessische Schulgesetz ändern und die Fahrtkosten für Schüler zum Abitur übernehmen, wenn die Eltern Hartz-IV-Empfänger sind!“